2. Kann Betrug angenommen werden, wenn der Geschädigte mit einem der mehreren Täter selbst einen gemeinsamen Betrug gegen einen der Mittäter geplant hatte und diesen auszuführen glaubte?

I. Straffenat. Ur. v. 28. Oktober 1930 g. W. u. Gen. I 320/30.

I. Schöffengericht Charlottenburg.

II. Landgericht III Berlin.

Aus den Gründen:

Nach der vom Berufungsgericht als möglich unterstellten Behauptung des Angeklagten St. überredete zunächst der später betrogene Sch. den St., von dem Angeklagten F. einen gebrauchten Kraftwagen für 16000 RM. zu kaufen, 4000 RM. anzuzahlen und für den Rest wertlose Wechsel zu geben, also den F. durch Hingabe einer minderwertigen Gegenleistung zu betrügen. Dieser Plan wurde aber nicht durchgeführt. St. verband sich vielmehr mit F. und den beiden anderen Angeklagten, um das ihm und den anderen bekannt gewordene Bestreben des Sch., den Kraftwagen möglichst billig zu erwerben, in betrügerischer Weise gegen Sch. auszunützen. Dies geschah dadurch, daß die Angeklagten verabredungsgemäß dem Sch. vorpiegelten, er werde Zug um Zug gegen Zahlung von 4000 RM. den Wagen übergeben erhalten, hierdurch den Sch. zur Hingabe von 4000 RM. bestimmten, die Übergabe des Wagens aber — ihrer von vornherein bestehenden Absicht entsprechend — bereitelten. Wäre Sch. — wenn von der Darstellung St.s ausgegangen wird — im Augenblick des Abschlusses des Kaufvertrags und der Hingabe der

¹ Vgl. u. a. OLG. Marienwerder, Ur. v. 28. 1. 1897 in OLG. Bd. 44 S. 400; OLG. Dresden, Ur. v. 15. 5. 1902 und 4. 12. 1912 in Sächs. Ann. Bd. 24 S. 13 (auch OLG. Bd. 49, S. 324); RG., Ur. v. 3. 6. 1913 in Bl. f. Rechtspf. RG. Bd. 25 S. 79; OLG. Kassel, Ur. v. 1. 9. 1921 in JWB. Bd. 50 S. 1466. Abweichend: RG., Ur. v. 28. 9. 1920 in JWB. 1920 S. 984. D. G.

4000 RM. noch der Meinung gewesen, es komme der zwischen ihm und St. verabredete Betrug zum Nachteil des F. zur Ausführung, so würde dies doch, obwohl er sich insoweit selbst auf dem Boden des Unrechts bewegt hätte, bei der hier gegebenen Sachlage der Annahme eines von den vier Angeklagten an ihm verübten Betrugs nicht entgegenstehen. Der Tatbestand des Betrugs ist gegeben. Zunächst fehlt es nicht an dem Ursachenzusammenhang zwischen der falschen Vorspiegelung, der hierdurch bewirkten Irrtumserregung und der hierauf beruhenden Vermögensverfügung des Sch.; denn Sch. wollte auch nach dem ursprünglich auf einen Betrug gegen F. gerichteten Plan die 4000 RM. nur gegen Übergabe des Wagens hingeben; er wurde also zu ihrer Hingabe durch die Vorspiegelung der in Wirklichkeit nicht vorhandenen Absicht der Übergabe des Wagens jedenfalls mitbestimmt. Durch die Hingabe der 4000 RM. ohne Gegenleistung ist aber Sch. an seinem Vermögen beschädigt worden, und zwar durch eine unerlaubte Handlung der Angeklagten, die nicht dadurch, daß Sch. selbst die Angeklagten betrügen wollte, zu einer erlaubten wurde, und auf Grund deren dem Sch. überdies auch nach bürgerlichem Recht — § 826 BGB. — ein Schadensersatzanspruch zusteht.¹